

Dr. Valerie Wilms
Ehem. Mitglied des Deutschen Bundestags

Leserbrief zu den Artikeln im Pinneberger Tageblatt zum Streit zwischen den Abgeordneten Abercron und Rossmann über das Thema Zuwanderung und Integration

08.08.2018: „Abercron fordert gemeinsame Aktion“ und 26.07.2018: „Von Abercron verteidigt Seehofer vor Rossmann“

Der Themenkomplex Flucht und Migration löst in der Öffentlichkeit immer wieder maximale Aufregung aus. Dabei liegen die Lösungen doch eigentlich auf der Hand. Die Parteipolitik will das nur nicht unbedingt so sehen, da diese Themen sich hervorragend dafür eignen, den politischen Gegner zu diskreditieren. In diesem Sinne sollte die Schlacht zwischen den beiden Kreis-Pinneberger Abgeordneten von CDU und SPD im Tageblatt aufhören. Denn beide Abgeordnete sitzen ja gemeinsam in einer Regierungskoalition und müssten ja eigentlich an einem Strang ziehen.

Darum mein Appell: Setzen Sie sich zusammen und machen Sie einen Lösungsvorschlag, den Sie über die Regierung ja auch umsetzen können. In acht Jahren im Bundestag in der Opposition war mir diese Möglichkeit leider nicht vergönnt.

Als erstes gehört dazu, nicht mehr jeden Zuwanderer von außerhalb der EU durch das Asylsystem zu schicken. Das Asylrecht ist nach dem Zweiten Weltkrieg geschaffen worden, um persönlich verfolgten Menschen eine Zuflucht zu schaffen. Darauf sollte es auch reduziert sein. Für Menschen, die aus wirtschaftlichen Gründen nach Deutschland kommen wollen, benötigen wir schnellstens ein Einwanderungsgesetz mit einem Punktsystem, wie z.B. in Kanada. Gerade solche Menschen brauchen wir angesichts der demographischen Entwicklung in unserer Gesellschaft dringend. Deutschland muss dabei die Möglichkeit haben, die dafür geeigneten Zuwanderer auch auszusuchen.

Für alle Zugewanderten, die dann hier bleiben können und wollen, muss selbstverständlich die Integration organisiert werden, also die Eingliederung in die hiesige Gesellschaft und nicht das Abdriften in Parallelgesellschaften. Das kann aber sinnvoll erst geschehen, wenn alle Fragen des Verbleibs hier in Deutschland geklärt sind und die Zugewanderten dann in den Kommunen im Kreis Pinneberg angekommen sind. Darum ist es gut so, dass es Ankerzentren gibt. Das gibt es ja jetzt auch in Neumünster, auch wenn es dort aus politischer Rücksichtnahme anders bezeichnet wird. In den Ankerzentren muss zügig und in einem rechtsstaatlichen Verfahren die Aufnahme geklärt werden. Erst dann geht es zur Integration in die Kommunen oder wieder zurück ins Heimatland. Die Niederlande und die Schweiz zeigen uns, wie so etwas rechtsstaatlich und zügig geht.

Liebe Abgeordnete. Es gibt genügend Aufgaben in Sachen Zuwanderung und Integration, die geradezu auf eine Lösung warten. Handeln Sie dafür gemeinsam in der Regierungskoalition. Das erwarten die Wählerinnen und Wähler von Ihnen. Erst wenn Sie dazu eine Lösung haben, möchte ich gerne wieder etwas von Ihnen über die Presse hören.

Dr. Valerie Wilms

Wedel, 08.08.2018